

Saale-Beitung.

Sechsbundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6pelerische Kolonietelle oder deren Raum mit 30 Pfg. ...

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Verlag: Halle, Gr. DampfstraÙe 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis

Für Halle vierteljährlich bei postamtlicher Aufstellung 2.50 M., ...

Besondere der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen Nr. 1141; des Abonnements Nr. 1133.

Nr. 201.

Halle a. S., Donnerstag, den 1. Mai.

1913.

Mb. Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

33. Sitzung, Mittwoch, 30. April, nachm. 1 Uhr. Am Ministertisch: v. Dallwitz, v. Schorlemer. Die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Oberbürgermeister Dr. Wilms-Johnen wünscht eine einheitliche Durcharbeitung der staatlichen Statistiken durch nationalökonomisch vorgebildete Sachverständige.

Staatsminister a. D. Dr. v. Stubbe schlägt das Uebernahmehaben der Anlagen in den Großstädten, insbesondere der Antriebsanlagen, der Reaktor ist zu einer obligatorischen Versicherung geworden.

Ein Unterstaatssekretär erwidert, daß der Wohnungsgesetzentwurf im nächsten Winter das Haus beschäftigen werde.

Oberbürgermeister Bermuth: An der Wohnungsfrage sind wir in Berlin sehr infolten einen Schritt vorwärts gekommen, als am 1. Oktober d. J. ein Wohnungsgesetz erlassen worden ist.

Graf von Bülowe verlangt Verhängung des staatlichen Polizeiparats in Oberschlesien.

Minister v. Dallwitz sagt Prüfung zu.

Fürst zu Salm sagt über Zunahme der Grundbesitzverhältnisse in Mecklenburg und Vorpommern in Schlesien und sonstigen gemeinlich liegenden Gebieten.

Reim Landwirtschaftsminister betont

Oberbürgermeister Bermuth-Verein

In der Finanzkommission wurde gesagt, Berlin habe mit dem Bezug ausländischen Getreides gänzliche Erfahrungen gemacht. ...

Verichterstatter Graf York zu Wartburg:

In der Kommission betrat der Minister die Ansicht, daß die getroffenen Maßnahmen die Landwirtschaft nicht benachteiligt haben. ...

Landeshauptmann Dr. v. Dziembowski:

Es müssen unmittelbare Beziehungen zwischen dem Konsum und der Landwirtschaft geschaffen werden. ...

Graf v. Hiesch

Mittel um Weisheiten bei den Restorationen in Pommern.

Der Landwirtschaftsminister wird erwidert.

Reim Minister erklärt

Oberbürgermeister Bermuth-Verein

Den in der Finanzkommission gepflogenen Verhandlungen über den Uebertragungs- und Veräußerungsbesitz ...

bor der Uebernahme einer so außerordentlich weitgehenden Neubelastung unbedingt erforderlich sind.

Graf v. Schulenburg-Diebereis und v. Althaus warnen vor der Verwendung unzulänglichen, namentlich ausländischer Eisenmaterials in den Weisen.

Oberlandforstmeister Wejense Die Regierung hat diese wichtige Angelegenheit sehr im Auge.

Reim Minister wird erwidert

Graf v. Seiditz gegen die Verlegung des Stadthofes.

Graf Rantau: Bei der Verlegung des Stadthofes sollte man auch an Schloßweg-Gaststätten, das ein altes Pferdegeställe ist.

Der Etat der Anstaltungskommission wird ohne Debatte erledigt; ebenso der Etat der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse.

Es folgt der Eisenbahnetat.

Oberbürgermeister Dr. Zoben-Flensbürg

bestätigt einen Antrag, die Regierung zu ersuchen, daß die Sorge zu tragen, daß die durch den Bau der Eisenbahnhochbrücken bei Hensburg und Hochborn herbeigeführte Verlängerung der Eisenbahnstrecke ...

Graf Rantau

bestätigt den Antrag im Interesse der Landwirtschaft. Nur weil der Kanal verbeizert wurde, mußte die Verlängerung der Strecken erfolgen.

Minister v. Breitenbach:

Es handelt sich um eine grundsätzliche Frage. Wenn wir bei Streckenverlängerungen überall die geforderten Rücksichten nehmen würden, so würde eine außerordentliche Schädigung der Staats-eisenbahnen die Folge sein.

Graf v. Reichenbach

weist auf die Jubiläumsausstellung in Breslau hin. Vom Westen müssen direkte Zugverbindungen nach Breslau geschaffen werden.

Oberbürgermeister Zoben-Flensbürg: Die ganze Verankerung des Kanals liegt doch im Interesse der Landes-eisenbahn.

Der Antrag Zoben wird angenommen.

v. Salisch

berlangt Beteiligung der Kaiserfamilie bei Frankfurt a. Oder und Finkenberf. Gerade die weniger schönen Gacaden sollte man nicht noch mehr verschönern.

Minister v. Breitenbach

Auch ich wünsche diese Weisen, aber sie steht nicht auf Eisenbahngelände. Der Besuch der Breslauer Ausstellung soll nach Möglichkeit gefördert werden.

Graf Wehr

spricht sich gegen den Gedanken einer Reichseisenbahngemeinschaft aus. Die Zusammenfassung des Reichsbahns gibt zu den größten Bedenken Anlaß.

v. v. Neke-Volmerstein

berlangt Frachtmittelverteilung für Hirsentransporte unter fünf Jahren.

Der Etat der Bauverwaltung.

Dr. v. Stude

unterstützt eine Petition von Dr. Kemlich, bei dem Bau des Hof-Oberbauwerks in Berlin ein negatives Resultat ergeben.

Minister v. Breitenbach:

Auf den Neubau des Königl. Oberbauwerks kommt heute ausschließlich der Königsplatz in Frage. Alle Versuche, einen anderen Platz zu finden, haben ein negatives Resultat ergeben.

alles gesehen, um den Baues des Opernhauses würdig zu gestalten.

Der Etat der Bauverwaltung wird erledigt, ebenso der Rest des Etats. — Damit ist der Staatshaushalt für 1913 endgültig vom Landtag verabschiedet.

Das Schlußgesetz wird angenommen. Reim Ruheerhaltungsgesetz bemerkt

Staatsminister Dr. Frey, v. Rheinbaben:

Das Wasser der Ruhr ist seitler außerordentlich in Anspruch genommen worden. Etwa 90 Wasserwerke kommen aus diesem Behältnis und so mußte der Augenblick kommen, da die Ruhr ihre Aufgabe als Wasserzuleitung nicht mehr erfüllen konnte.

Das Haus beschließt ja. Das Rührwasserengeß wird gleichfalls in bloc angenommen.

Zwei Verordnungen über Reisekosten werden durch Kenntnisnahme erledigt, ebenso einige Rechnungssachen.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. (Auswahlgesetz, Osmarlenworte, Petitionen)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

179. Sitzung, Mittwoch, den 30. April.

Am Ministertisch: Kommissare. Am Kopf des Vizepräsidenten Dr. Borck ist aus Anlaß seines 60jährigen Geburtstages mit Blumenkränzen und Blumenlämpen geehrt.

Präsident Graf Schwerin-Edmis eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten mit einer Begrüßung des Vizepräsidenten.

Darauf wird der Gesetzentwurf betreffend Eisenbahn, Main in dritter Lesung verabschiedet.

Die dritte Beratung des Eisenbahnleihegesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Schwarz-Sippstadt (Centr.) wünscht Ausbau der Strecke Geseh-Büren.

Abg. Marx (Centr.) wünscht Ausgestaltung des Bahnhofs Wölpein.

Abg. Wulle (Konf.) spricht für die Eröffnung des Kreises Hohenfals.

Abg. Dr. Weh (Freisinn) spricht für den Kreis Worbürg.

Abg. Grunenberg (Centr.) spricht für Geseh/Büren.

Abg. Hoff (Sp.) bestatigt den Ausbau der Linie Samsburg-Niel-Körber, ferner von Lübeck nach Mecklenburg und Teitlin.

Abg. von Schubert (Nat.) spricht für die Ofteralbahn.

Abg. Davis-Düffeldorf (Centr.) spricht für den Niederhein.

Abg. Dr. Schupp (Sp.) empfiehlt Verstaatlichung der Bahn Kleinandorf-Bismarke und Fortsetzung über Kleinandorf bis Ebersburg-Dudersro oder nach Jekendorf.

Abg. Fiedler (Nat.) wünscht Ausbau der Strecke Berlin-Berchelsdorf der Nordbahn eingeleitet werden.

Abg. Dr. Nöhling (Nat.): Die Kanalisierung der Wesel wäre billiger als die Verweissung des jähren Güterverkehrs auf der Eisenbahn.

Abg. Knapp (Nat.) mahnt zum Bau der Strecke Heddinghausen-Steinungen.

Abg. Fiedler (Konf.): Zwischen Wehra und Oersfeld fehlen Güterabfertiger.

Abg. Camp-Glatz (Freisinn) spricht für den Lokalbahnverkehr Weissen-Weppen.

Abg. von Zastoff (Konf.) spricht für Colbe.

Abg. von Wenden (Konf.) strift für Müllig-Waldenburg im Westpreußen.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (Freisinn) wünscht einen Nachmittagszug nach Breslau nach Dresden.

Abg. Freiherr Schent zu Lantzenburg (Konf.) äußert offeneitsche Wünsche.

Abg. Hürbringer (Nat.): Offiziersland ist sehr im Rückgang; besonders in Hinsicht auf Emben sollte mehr getan werden.

Abg. Freiherr von Camp (Freisinn) spricht über die Strecke Schlohen-Quirrup.

Abg. von Grafenhausen (Konf.) Die Verstaatlichung von Rommern scheidet zum Himmel. Wir werden schließlich bis an die Stufen des Thrones gehen müssen.

Abg. Koylich (Sp.) spricht über schlesische Bahnen. Abg. Jieten (Freisinn): Der Berliner Nordbahnverkehr, besonders im Osten, sollte ausgedehnt werden. Abg. Spingis (Freisinn) spricht für den Oberhans. Unterstaatssekretär Dr. Ettinger: Die Eisenbahnverwaltung wird alle vorgebrachten Wünsche wohlwollend prüfen.

# Noch Kompensationen?

Die Verzögerung der Antwort Montenegros auf die Forderung der Mächte, Stutari zu räumen, hat auf die russischen offiziellen Kreise angeblich einen niederziehenden Eindruck gemacht. Die russische Diplomatie ist unangenehm erwidert, eine für Montenegro vorteilhafte Lösung zu finden, die in einer Kompensation für den Verlust Stutaris bestehen soll. Die Hartnäckigkeit Montenegros paralysiert jedoch im Moment gewissermaßen alle Bemühungen.

Ferner werden bulgarische Warnungen an Montenegro laut. Aus Sofia wird gemeldet: Auf Grund von Berichten von informierter Seite läßt sich feststellen, daß die ernste Wendung, die das montenegrinische Abenteuer durch die ablehnende Haltung des Königs Nikita genommen hat, in maßgebenden Stellen Sofias mit größtem Unbehagen aufgenommen wird. Man ist in Sofia nicht im entferntesten geneigt, das montenegrinische Abenteuer mitzumachen, und erwartet, daß auch Serbien aus seiner bisherigen Haltung herauszutreten werde. Es wird darauf hingewiesen, daß in erster Linie das Wohlwollen Oesterreich-Ungarns und seine von der Freundschaft für die Verbündeten diktierte Haltung diesen den siegreichen Verlauf des Krieges ermöglicht habe. Diese Erkenntnis der Sachlage hat das Kabinett veranlaßt, in Serbien ernste Warnungen vor der Ueberstimmung der Dinge zu erteilen, und die Regierung in Sofia hat alle materiellen Zuwendungen an Montenegro infolge Nichtbeachtens dieser Sachlage eingestellt.

Im inneren Zusammenhang mit dem Streit um die Zukunft Albanien's steht offenbar

### ein politischer Nord,

der sich in Brindisi ereignete und dem einer der bekanntesten Führer der türkischen Freiheitsbewegung zum Opfer gefallen ist.

Der Freiheitskämpfer Nijazi-Bei hatte für einen osmanischen Anwärter auf den Thron Albanien's Propaganda gemacht. Er wollte sich in Brindisi nach Palona einschiffen, wobei er am Landungssteg samt einem seiner Begleiter erschossen wurde. Die Tat wurde von Leuten aus Koffoma vollführt. Nijazi und sein Begleiter waren sofort tot. — Die Beweggründe der Tat liegen noch nicht klar zutage. Es ist aber anzunehmen, daß Nijazi-Bei von Albanern ermordet worden ist, die nicht dulden wollten, daß an Stelle eines nationalen Albanien's ein Türke den Thron Albanien's besteigt. Nijazi-Bei hat als türkischer Bismarck den Anstoß gegeben, daß die jungtürkische Bewegung zu Taten führte. Im Jahre 1908 lebte er sich als erster mit den ihm unterstellten Truppen in Resna gegen das alte System auf, zog in die Berge und führte einen eifrigsten Kampf um die Verfassung.

# Deutsches Reich.

## Fürst Bülow und die preussische Wahlreform.

In der Thronrede zur Eröffnung der ersten Session des gegenwärtigen Landtages war bekanntlich am 20. Oktober 1908 der Satz enthalten:

„Ich erkläre in einer organischen Fortentwicklung des Wahlrechts der Abgeordneten eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.“

Als jüngst einer der bisherigen konservativen Landtagsabgeordneten für Danzig, Bädermeister Karow, von neuem aufgestellt wurde, antwortete dieser auf die Frage, wie er sich zur Veränderung des Wahlrechts stelle, daß er früher für Einführung der geheimen Wahl eingetreten sei, dies aber in Zukunft nicht mehr tun werde, denn er wolle eine Hand zur weiteren Demokratisierung des preussischen Wahlrechts nicht bieten. Als ihm darauf erwidert wurde, daß doch selbst der König in seiner Thronrede 1908 die Veränderung des Wahlrechts als eine der dringlichsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet habe, stand der Vorsitzende des konservativen Vereins Danzig, Pastor Wischmann an, und erklärte, der Wille von der Veränderung des Wahlrechts habe der damalige Ministerpräsident, also Fürst Bülow, ohne Wissen des Königs in die Thronrede gebracht. Die „Danziger Zeitung“ machte dem Fürsten Bülow von dieser unerhörten Behauptung Mitteilung und erhielt jetzt folgende Antwort:

„Am, den 26. April 1913. Sehr geehrter Herr! Im Auftrage Seiner Durchlaucht des Fürsten Bülow danke ich Ihnen verbindlich für Ihre beiden Briefe, sowie für die freundliche Überlieferung der Zeitungsausschnitte. Die Sachlage, die von Pastor Wischmann aufgestellten Behauptung dürfte inwischen wohl allgemein erkannt sein. In vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihre ergebener G. Friedrich, Privatsekretär Sr. D. des Fürsten Bülow.“

## Oesterreichisches Betreten über die Worte des Herrn v. Jagow.

Die Rede, die der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Jagow, gestern in der Budgetkommission des Reichstages gehalten hat und in der ausgesprochen wurde, daß der Streit zwischen Oesterreich-Ungarn und Montenegro Deutschland nichts angehe (in Wirklichkeit sagte nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ der Staatssekretär, der Konflikt gehe „uns zunächst direkt nichts an.“ Die Red.) hat in Budapest Aufmerksamkeit erregt. Wenn man sich hier auch der Tatsache bewußt ist, daß der Bündnisfall für Deutschland in einem Streit zwischen Oesterreich-Ungarn und Montenegro nicht gegeben ist, so werden doch andere Gesichtspunkte geltend gemacht. Es wird bemerkt, daß die Oesterreichisch-ungarische Monarchie auf der Londoner Botschafterkonferenz die Bestätigung über Stutari nur akzeptierte, weil sie den Vorschlag dieser Bestätigung durch die Mächte erwarten konnte. Es könne also keine Macht erklären, daß sie die Streitfrage zwischen Oesterreich-Ungarn und Montenegro „nichts angehe“, bedeute doch diese Streitfrage nichts anderes als den Wunsch der Monarchie, die Londoner Bestätigung vollzogen zu sehen. Es kommt also bei den Ausführungen des deutschen Staatssekretärs nicht nur der Bündnisfall in Frage, sondern auch die Frage des Prestiges der Mächte. Die Kritik, die man in Oesterreich-Ungarn an den Worten des deutschen Staatssekretärs übt, erwidert sich durch die einfache Feststellung der Tatsache, daß man seine Worte doch nicht ganz richtig übermitteln konnte oder sie doch ja falsch verstanden hat. Die Red.)

### Raisemannsbergkette.

Als vorläufigste Teilnehmer an den Augustparaden des V. u. W. Armeekorps, zum Teil auch an den großen Feiern

übungen vor dem Kaiser in der zweiten Septemberwoche zwischen diesen beiden Korps, kommen eine Reihe von Juristika und hohen Offizieren in Frage, die z. T. von dem Monarchen schon Einladungen erhalten haben. Es sind dies die folgenden Prinzen, Prinzessinnen und Generale, die Inhaber von polenischen und schlesischen Regimentern sind oder à la suite von ihnen stehen: Die Frau Kronprinzessin als Chef der 8. Dragoner, die Erbprinzessin von Meiningen, die Schwester des Kaisers, als Chef der 11. Grenadiere in Breslau, ihr Gemahl, als Chef der 10. Grenadiere in Schweidnitz; ferner Prinz Oskar von Preußen, der à la suite des Liegnitzer Grenadier-Regiments steht, der Prinzregent Ludwig von Bayern als Chef der 47er in Posen, sein Sohn Prinz Rupprecht von Bayern, der beim Leib-Rittmeister-Regiment geführt wird, und die Generale v. Britzow und v. Pignil, von denen der neue Danziger Armeepflichter die Uniform der 6. Grenadiere trägt, während der frühere Kommandierende des III. Armeekorps Chef des Jäger-Regiments von Steinmetz in Krotoschin ist. Von ausländischen Juristika sind der Großfürst Michael Alexandrowitsch von Rußland, Chef der 1. Ulanen, Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich-Ungarn, Chef der Jäger-Regimenter, außerdem neu nach dem Infanterie-Regiment Nr. 19 in Görz und Raab den K. u. K. Oester.-Ungar. General der Infanterie Grafen v. Beck seinen Inhaber.

### Eine Neuorganisation der postlagernden Sendungen

ist für ganz Deutschland geplant. Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Stuttgart berichtet:

In der zweiten Kammer teilte der Ministerpräsident mit, daß zwischen den drei deutschen Verwaltungsbereichen Schwaben in der Richtung einer Neuorganisation der postlagernden Sendungen und Schiffebriefe und Verhängung des Mißbrauchs dieser Einrichtung. Es sei auch in diesem Jahre ein gemeinsames Vorgehen zu erwarten.

### Kleine vermischte Nachrichten.

Aus Saarbrücken schreibt man dem „S. L.“: Bei den diesjährigen Kontrollversammlungen mag der diensttuende Major Heß bei seinen Anweisungen, Erläuterungen, verschiedenen Bermerkungen, die als Sprache von den Teilnehmern belacht wurden. Diese „Erläuterungen“ hätten aber für den Offizier die unangenehme Folge, daß er von seinem Posten entbunden wurde, und zwar auf die Beschwerde eines Kontrollpflichtigen über die Bemerkung, daß auch „Paffen und Doktoren von der Kontrolle nicht befreit“ seien. Selbstverständlich war es ein Zentrumsskandal, das die Angelegenheit aufgriff.

### Hof- und Personalmeldungen.

Der Kaiser empfing Mittwoch im Neuen Palais bei Potsdam in Anwesenheit der neu ernannten türkischen Botschafter Mahmud Mehmed Pascha in Gegenwart des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Jagow. Beide Herren waren zur Frühstückstafel geladen.

# Ausland.

## Belgische neue Wasserleitung.

Ein preussischer General von Niederrhein und guter Kenner der Armees uneres nordwestlichen Nachbarn schreibt:

Die belgische Heeresvorlage ist zwar noch nicht genehmigt, wird aber, bei den nötigen Zugeständnissen an Wallonen und Flamen, namentlich an letztere, früher vom Parlament angenommen werden. Bei den Franzosen ist der Enthusiasmus dafür sehr stark angezündet. Sie haben doch wohl Wind davon bekommen, daß die wachsende Kraft nicht nur nach Orléans disloziert, sie die Uebergänge der Durche sperren und Eisenbahnknotenpunkte in Luxemburg besetzen soll, man sich in Brüssel also nicht von vornherein auf Tod und Leben Madame Marianne verheißt, vielmehr auch nach Westen erhebliche Verchiebungen eintreten werden. Sechs belgische Infanterie- und eine Kavallerie-Division, sowie sechs britische Infanterie- und zwei Kavallerie-Divisionen — die nun auch sehr zweifelhaft geworden — wären als sicherer Faktor in der französischen Rechnung ganz nett und als Drohung gegen die deutsche Rechte Plante sehr angenehm gewesen. Auf sechs starke Infanterie- und eine Kavallerie-Division — im ganzen 170-17500 Mann — soll aber die heute vier Divisionen zählende belgische Heeresarmee auswaschen, mit außerdem eine mobilisierbare Brigade für Antwerpen und Namur. Bei 35000 Mann Rekrutenkontingenzen im fünfjährigen Monatlicher Dienstzeit muß diese Heeresarmee im Frieden ganz markant, bei der Infanterie, dem Stempel der Kadettenarmee tragen, wenn man ausbildungsfähige Einheiten behalten will. Abgesehen von den beiden Brigaden für Lüttich und Namur, die auch erst durch Kadettenverdoppelung bei der Mobilisierung entstehen, soll jede der sechs Infanterie-Divisionen der Heeresarmee bestehen aus: drei Infanterie-Brigaden zu zwei Regimentern mit je drei Bataillonen, einem Kavallerie-Regiment, einem Feldartillerie-Regiment zu drei Abteilungen mit je drei Kanonenbatterien zu vier Geschützen, die im Frieden schon zu je einer Abteilung in Infanterie-Brigaden zugeteilt werden; ferner aus drei Abteilungen zu je zwei leichten Haubitzenbatterien und einer Kanonenbatterie, die zur Verfügung des Divisionskommandeurs bleiben, und einem Geniebataillon zu zwei Kompagnien.

## Verbandstage.

Jahresversammlung des Vereins für Handlungs-Kommissionen 1888.

Hamburg, 27. April. In Anwesenheit von Delegierten aus allen Teilen des Reiches hielt hier der Verein für Handlungs-Kommissionen von 1888 seine diesjährige außerordentliche Hauptversammlung ab. Der von der Verwaltung vorgelegte Jahresbericht rief eine ausgedehnte Erörterung besonders über sozialpolitische Fragen hervor. Von der Vereinsleitung wurde die Erklärung abgegeben, daß selbstverständlich die handelspolitische Haltung des Vereins keinerlei Veränderung erfahren habe, daß vielmehr das sozialpolitische Programm mit gleichem Nachdruck wie bisher vertreten werden solle. Neu in das Programm aufgenommen wurde der Wunsch nach gesetzlicher Festlegung eines Erholungsurlaubes. Eine dahingehende Entschließung wurde angenommen. Beibehalten wurden die Bestrebungen der Vereinsleitung auf Verbesserung der Lage der stellungsuchenden Arbeiter Handlungsgehilfen. Dabei kam auch das gestaltende Ein-

bringen der Frauennarbeit zur Sprache; es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, wie die Schäden auf diesem Gebiete zu beheben sind. Der Bericht für 1913, der die Einnahmen und Ausgaben mit 1276000 Mark abschließt, fand einstimmige Genehmigung. Bei den Ergänzungswahlen zum Ausschusse wurden gewählt: Brennide, Freytag und Jordan (Samburg), Schwabig (Dortmund) und Sartmann (Ostfriesland). Bezüglich der Frage der Zusammenlegung der Abgeordnetenversammlung wurde bestimmt, daß die Verteilung der Mandate bei jeder Wahl zu erfolgen hat, unter Zugrundelegung der Zahl der Vereinsangehörigen innerhalb des deutschen Reichgebietes am 31. Dezember des der Wahl vorhergehenden Jahres. Eintimmige Annahme fand auch der gemeinsame Antrag des Ausschusses und der Verwaltung auf Errichtung einer Abteilung für Unterrichtszwecke, welche die Aufgabe haben soll, das Unterrichtsweesen innerhalb des Vereins zu organisieren und nach einheitlichen Grundzügen zu pflegen. Zur Unterhaltung dieser Einrichtung soll jährlich mindestens 100 000 M. der Beitragsentnahmen verordnet werden. Unter letzterer Zustimmung wurde der Antrag des Ausschusses angenommen, den langjährigen Vorsitzenden des Vereins, Robert Knoblenz, der kürzlich das fünfzigjährige Jubiläum seiner Vereinsangehörigkeit feierte, zum Ehrenmitglied zu ernennen. Wie in der Berichterstattung weiter mitgeteilt wurde, zählt der Verein gegenwärtig über 120 000 Mitglieder. Seit dem 1. Januar d. Js. konnte der Verein bereits über 11 500 Stammlisten verzeichnen, das sind gegen 1500 mehr als im gleichem Zeitraum des Vorjahres. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die Hauptversammlung in der üblichen Weise geschlossen.

# Provinzial-Nachrichten.

Der Ehren-Bundesliedermeister Musikdirektor Oskar Rudolph ist am Montag nachmittag 145 Uhr im Alter von 66 Jahren nach langem Leiden gestorben. Um das Wohlleben im allgemeinen und um die Pflege des Gesanges im besonderen hat sich der Entschlafene große Verdienste erworben. Bald nach seiner Uebertragung nach Erfurt gründete er, im Mai 1883, den Männergesangverein „Arion“, den er fast 25 Jahre leitete. Seit 1889 dirigierte er auch ein Turnerfängerchor. Am 1. April 1891 wurde er Chorleiter des Erfurter Sängerbundes und nach der Reorganisation des Thüringer Sängerbundes ehrenamtlich auch dessen Bundesliedermeister. Im September 1894 erhielt er vom Erfurter Magistrat den Titel Stadtmusikdirektor. Von Osnern 1895 leitete Oskar Rudolph auch den Musikunterricht am Real-Gymnasium, bis ihn im Jahre 1908 ein nervöses Leiden zwang, all dieser vielseitigen Tätigkeit zu entsagen. Oskar Rudolph, dem die edle Gesangskunst eine heilige Sache war, galt in Erfurt als eine volkstümliche Persönlichkeit. Als Bundesliedermeister des Thüringer Sängerbundes wandte sich dem begehrenden Herrn Gematinen aus ganz Thüringen zu. Vor einiger Zeit setzte der Kaiser dem weidern Förderer des deutschen Liedes in eine jährliche Rente ein; leider sollte Rudolph sich dieses Genusses nur einige Monate erfreuen.

### Nachahmenswert.

Von Hanfenburg, 30. April. Der Stadtrat hat beschlossen, die Kriegsveteranen der Stadt bis zu einem Einkommen von 1000 Mark von der Kommunalsteuer zu befreien.

### Zugunsten deutscher Firmen.

Magdeburg, 25. April. In der gestrigen Stadtratsbesitzung beantragte der Magistrat, zur Erbauung einer zweiten Stufenfilteranlage auf dem südlichen Wasserwerk 360 000 M. zu bewilligen, mit der Maßgabe, daß die Arbeiten im Höchstbetrage von 312 000 M. an die Firma Püschel & Co. in Paris vergeben werden. In der Besprechung der Vorlage wurde hervorgehoben, daß die Anlage von Stufenfiltern keine französische, sondern eine deutsche Erfindung ist. In einer Zeit, in der uns die Franzosen boykottieren, sei es nicht angebracht, den Franzosen abermals die Arbeit zuzumachen zu



**Salem Aleikum**  
mit Hohlmundstück

**Salem Gold**  
Goldmundstück

**Cigaretten**

**Etwas für Sie!**

70 3 4      70 5 6 8 10  
3k 4 Pfd. Stk.    5 6 8 10 Pfd. Stk.

**Konsum-Qualitäten. Circus-Qualitäten.**  
**Kleine-Russland. In Original-Verpackung.**  
**Nur Qualität. Kardons von 20 Stück.**

Oriental-Tobaku      Inh. Hugo Tiedt  
Cigaretten-Fabrik      Köpenick 23. M.  
Vertrieb: Dresden      Königsbrunn

**Trustfrei!**

lassen. Die Verhandlung deutscher Unternehmer sei durchaus am Abzug nach heutigem Disput und Stellung eines demgemäßen Antrages erklärte sich der Oberbürgermeister Reimarus bereit, zu der Rückverweisung der Vorlage an den Magistrat, der nun Erörterungen anstellen will, ob die Uebertragung des Stufenfiskalwesens an deutsche Firmen möglich ist.

Die Vorlage des Magistrats wegen Erbauung einer Stadt- und Hofhalle im Friedrich-Wilhelms-Garten wurde an eine Kommission verwiesen. Schließlich bewilligte man 30 000 Mk. zur Errichtung eines Strandbades an der Stromelbe nach modernen Grundrissen.

Hohenmölsen, 30. April. (Städtisches.) In der letzten Stadterordnetenversammlung wurde beabsichtigt die Ausführung von Pfisterarbeiten in diesem Jahre 10 000 Mark zur Verfügung gestellt. Weiter wurde beschlossen, der Gemeinde die Verpflichtung bestimmter Bindungen des Wasser aus der städtischen Leitung abzugeben. Es wurde weiter Kenntnis von dem betreffenden Ergebnis einer Revision der Kämmerer- und Sparrasse gegeben. Von dem Gesamtsumme über das Hohenmölsen-Gebiet sind aufzubringen 36 000 Mk. Der Verteilung des Betrages sind zugrunde gelegt neben den Steuerrollen der dreijährige Durchschnitt der Schiffminderzahl.

Leuchern, 30. April. (Die Lohnbewegung) im Baugewerbe hat nach längeren Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Es kam ein Vergleich zustande, daß eine 2 Pf.-Stundenerhöhung für 1914 gezahlt wird, für 1913 und 1915 je 1 Pf. mehr. Da eine öffentliche Versammlung der Bauarbeiter in diesem Sinne zugestimmt hat, ist der Friede im hiesigen Baugewerbe gesichert.

# Oberzögingen, 30. April. (Selbstmord.) Der Postbote Schwarzmann aus Oberzögingen hat sich Mittwoch vormittag in seinem Koffenstall erhängt. Der Mann, welcher verheiratet war, war früh zu seiner Geliebten gegangen, wobei er von seiner rechtmässigen Frau ertappt wurde. Aus Furcht vor Enttarnung — seine Frau wollte der Postdirektion von dem Vorfall Mitteilung machen — machte Schwarzmann seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Die ihm zur Beförderung übergebenen Poststücke hatte er vorher auf den Hof geworfen.

Gesell. (Kreis Ziegenrück), 30. April. (Gestorben) ist im Alter von 64 Jahren der Fabrikbesitzer Gottlieb Epiphany, der in Gesell als erster die Stadterneuerung einführte.

Greiz, 30. April. (Waldbrand.) Im Wöllwitzer Revier brach ein Waldbrand aus, dem am Morgen 30jähriger Bestand zum Opfer fiel. Bei den Löscharbeiten lag sich der Kriegsveteran Gottlieb Strauß aus Götzendorf lebensgefährliche Brandwunden zu.

Hatzburg, 29. April. (Kleinwohnungsbaul.) Die städtischen Kollegen haben beschlossen, eine Anleihe von 500 000 Mark aufzunehmen, um für neue Häuser zweite Hypotheken zu beschaffen. Die Häuser dürfen einschließlich Grund und Boden keinen höheren Wert als 40 000 Mark haben und müssen zur ersten Stelle von einer öffentlichen Sparrasse belegen werden. Die Belegungsfrist für die zweite Hypothek ist auf 70 Prozent des Wertes festgesetzt. Die zweite Hypothek soll mit 1/2 Prozent über den jeweils üblichen Zinssatz der ersten Hypothek (ausgedrückt als 5 Prozent) verzinst und mit 2 Pf. amortisiert werden.

Dom Offizier, 1. Mai. (Der neue Staatsvertrag zwischen Anhalt und Preußen), laut welchem nach warmer Befürwortung der beiden Landtagsabgeordneten von Hassel und Dr. Krenndt im preussischen Abgeordnetenhause die bisher anhaltischen Feldmarken der preussischen Gemeinden Abberde und Steinbrücken nun auch preussisch werden, ist ein langgehegter Wunsch, denn die Wurzeln des Anhalt-Anhaltischen Grenzstreites reichen bis ins Jahr 1400 zurück. Damals hatte Graf Albrecht II. von Mansfeld eine anhaltische Prinzessin zur Frau genommen und mit dieser die drei Dörfer Königsdorf, Abberde und Steinbrücken ererbt; Anhalt teilte sich nur einige Steuern und Gerichtsgelüste, zu denen sicher die Hofsteier über jene Flächen gehörten, vorbehalten. Der unerquickliche Zustand hielt sich erträglich, bis in der Mitte des 17. Jahrhunderts, der zu Harzgerode residierende Fürst Wilhelm das seit 1384 wieder Abberde wieder aufbaute und die 1661 abgetragenen Abberde hünnergeziehen wurde. Durch die Abberde von 1669 und 1715 wurde die Anhaltische Hofsteier über die Fürst anvertraut. Durch die Abberde von 1849 verloren Abberde und Steinbrücken ihre eigenen Steuern und nur Steinbrücken erhielt durch Staatsvertrag vom 4. März 1875 den größten Teil seiner alten Fürst als eigene preussische zugewiesen.

### Gerichtsverhandlungen.

#### Widerstand gegen einen Gerichtsvollzieher. (Schöffengericht.)

Halle, 29. April. Bei dem hiesigen Invaliden Major sollte am 17. Febr. ein Gerichtsvollzieher eine Pfändung vornehmen. Der Beamte fand aber einen schlechten Empfang; M. und seine Frau erklärten sehr erregt: „Hier wird nicht gepfändet!“ Der Gerichtsvollzieher hat in seiner Praxis schon öfter solche Weisungen zu hören bekommen, ohne daß ihm naher beim Pfändungsakt wütender Widerstand entgegengeklaut wurde. Er glaubte daher auch in diesem Falle die Worte des unwilligen Ehepaares nicht allzu ernst nehmen zu müssen. Raum begann er aber zu regeln, als ihm M. das alte Siegel mit der Frau M. dann zur Abwechslung das zweite. Dazu schimpfte namentlich die Frau aufs heftigste. Der Beamte wollte trotzdem im Siegel fortfahren, wurde nun aber von M. mit einem Messer und von Frau M. sogar mit einem Beile bedroht. Er sah sich genötigt, erst Polizeibeamte zur Unterstützung herbeizuholen. Als er mit zwei Sergeanten in die Wohnung M. zurückkehrte, war diese inzwischen verflochten und wurde erst nach mühevoller Auflockerung geöffnet. Gegen die Eheleute M. die beide besonders wegen Robbeteuerungen vorbestraft sind, wurde infolge dieses Vorfalls Anklage wegen Widerstandes gegen einen Vollstreckungsbeamten und wegen Siegelbruchs erhoben.

M. sollte das Schöffengericht allen Ernstes glauben machen, er sei bei der Pfändung gar nicht zugegen gewesen; der betreffende Mann müsse ein anderer gewesen sein. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß der Gerichtsvollzieher schon früher Polizeibeamte hätte herbeirufen sollen. Vollstreckungsbeamten ist vorgeschrieben, in solchen Fällen, in denen sie ernstlichen Widerstand zu befürchten haben, die Pfändung einzuweilen aufzuschieben und erst Polizei oder Gemeindebeamte als Zeugen hinzuzuziehen. Nach der Auffassung des

Schöffengerichts hätte der Gerichtsvollzieher im vorliegenden Falle, sobald ihm die ersten Siegel abgerissen waren, die Pfändung unterbrechen und erst der Vorchrift der Besondere Verfügung von Zeugen genügen sollen. Als er trotz der jetzt unverkennbaren Widerständigkeit der Eheleute die Pfändung fortsetzte, habe er sich nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden; infolgedessen könne der weitere Widerstand des Ehepaares und namentlich die Bedrohungen mit einem Messer und Beile keine gerichtliche Sühne finden. Für das Verhalten bis zum Abreißen der ersten Siegel wurde M. zu 15 Tagen, seine Frau zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Das Ehepaar benahm sich auch vor Gericht sehr erregt; über die Beirathung stellte es sich sehr beleidigt und erklärte ostentativ, Berufung einlegen zu wollen.

#### Oberst a. D. Gädt vor Gericht.

Kor der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin I hatte sich der frühere Oberst Richard Gädt (Berlin-Steglitz) wegen Beleidigung der preussischen militärischen Ehrengerichte zu verantworten. Der Strafantrag war vom preussischen Kriegsminister gestellt worden, und zwar auf Grund eines Artikels im „Kleinen Journal“, der die Ueberführung zur „Ein deutscher Kronprinz“ und die Ehrengerichte. Wegen des Artikels ist bereits der verantwortliche Redakteur des „Kleinen Journal“, Carl Komad, am 19. November 1912 vor dem ersten Strafkammer des Landgerichts zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Gädts zu 300 Mark Geldstrafe und Zuerkennung der Publikationsbefugnis im „Kleinen Journal“ für den Kriegsminister. Dem Angeklagten wurde der Schutz des § 193 des Str.-G.-B. ausgehört, zugleich aber ausgesprochen, daß die beleidigende Form des Artikels nicht straflos bleiben könne.

### Kunst und Wissenschaft.

#### Das Bach-Beethoven-Brahms-Fest in Berlin.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Kongressdirektion Wolf hat zum ersten Male den Wunsch gemacht, in einer zusammenfassenden Darstellung der bedeutendsten Werke von Bach, Beethoven und Brahms ein Musikfest in Berlin zu veranstalten. Die Kongressdirektion hatte das Protokoll übernommen, und der Reinertrag war für den Allgemeinen Deutschen Musikverein bestimmt. Das Ergebnis war materiell glänzend. 18 000 Mark konnten an die Wohlfahrts-Einrichtungen des Vereins überwiesen werden. Wie groß das Interesse für die Veranstaltung war, zeigte der starke Andrang des Publikums, so daß einige Stunden nach der Eröffnung des Auktionsverkaufes sämtliche Plätze, die für die Hauptproben, ausverkauft waren. An den Festkonzerten nahmen neben den Berliner Musikfreunden, die man in diesen Konzerten zu sehen gewohnt ist, auch recht viele Gäste von außerhalb teil, und ebenso war die Hofgesellschaft vertreten.

Die vier großen Festkonzerte brachten in der Tat eine Zusammenfassung der wichtigsten Werke der drei Meister. Von Bach gelangte die hohe Messe in G-Moll zur Aufführung, die durch den Philharmonischen Chor unter der Leitung von Siegfried Ochs musterhaft und erhabend wie immer zum Vortrag gebracht wurde. Das instrumentale Hauptwerk war Beethovens Neunte Symphonie unter der Leitung von Arthur Niksch, der zwischen zwei Aufführungen vom Wagner-Ring aus London nach Berlin geeilt war. Von Kammermusik hörten wir Streichquartette von Beethoven und Brahms, ausgeführt vom Ringler-Quartett; Bachs Orgelmusik spielte Muldritzer Orgel aus der schönen neuen Orgel mit gemoderner Weiterführung. Das Violinkonzert von Brahms hatte Bronislaw Huberman übernommen. Wenn auch dem Berliner Publikum dies alles selbstverständlich längst vertraut war, so fand doch das ganze Fest auf einer für außergewöhnlichen Höhe und legte Zeugnis dafür ab, wie die seit langen Jahren geübte intensive musikalische Kultur Berlins sich verhält hat. Der künstlerische und materielle Erfolg des Festes hat bewirkt, daß bereits für das nächste Jahr eine zweite Musikwoche angekündigt wird. J. O. L.

Strindbergs Grab. Die Beisetzung August Strindbergs auf dem Nordfriedhof in Stockholm war bekanntlich nur präpariert geblieben. Man wollte inzwischen eine Grabstätte schaffen, die des großen schwedischen Dichters würdig wäre, und Strindbergs Ueberreste sollten dann dort ihre endgültige Ruhestätte finden. Zum Erstaunen vieler Kreise ist, so schreibt man der „Wolff. Ztg.“, bis jetzt jedoch noch nichts geschehen, und das präparierte Grab, das mit der Nr. 9188 „geleert“ ist, liegt verwaist da, nur mit Erde beworfen und mit einigen Lamenten bedeckt. Es bedarf hoffentlich nur eines öffentlichen Sinnes, um diesem unwürdigen Zustande ein Ende zu machen.

Das Heine-Denkmal in Frankfurt a. M. Die Kommission für das Heine-Denkmal in Frankfurt a. M. hat den Bildhauer Kolbe Berlin mit der Ausführung des Denkmals beauftragt.

### Theater und Musik.

#### Bühnenchronik.

Ueber die Aufführung von „Mein junger Herr“, Operette von Ferdinand Stollberg alias Felix Callen, Musik von Oskar Straus, wird uns aus Leipzig berichtet: Das Werk, das bereits vor mehr als 2 Jahren in Wien seine Uraufführung erlebte, ist erst jetzt nach Leipzig gekommen. Was damals vielleicht einen großen Erfolg bedeutet hätte, wird heute sich nicht als Schlager erweisen. Der Gesang des Operettenpublikums hat sich nicht geändert und ein Sujet, bei dem zum Finale des zweiten Aktes die Sattelmännchen aus den Tälchen der waldgesäumten Hüder hervorgezogen werden sollen, erfreut sich nicht mehr derselben Gunst wie früher. Heute will das Publikum eine bessere Operette, und diesem Wunsch ist der „Junge Herr“ nicht nachgegeben. Wenn das Werk also nicht den erwarteten Erfolg zeitigen wird, so wird man die Ursache nicht in der allerdings wenig lothig geführten, wenig interessierenden Handlung zu suchen haben, sondern in der gegenwärtigen Konjunktur, die nur kurzweilige Werke verlangt. Das alles will natürlich nicht belegen, daß das Stück für einen der selber keine Zeit mit Abketteln vertritt, nicht den denkbar größten Reiz ausübt, denn was die Technik und das Gehör des Zuschauers anbelangt, steht es in der vordersten Reihe. Aber die höchste Instanz, das Publikum, geht den gewöhnlichen Weg nicht mit, und so wird — wenigstens für Leipzig — nicht viel zu hoffen sein. Mit der Musik ist es ähnlich. Auch sie, von der beizutheute nur „Reiter“ verlangt wird, ist für die breite Masse nicht nach Wunsch. Aber dafür birgt sie für den, der näher hinsieht, große und schöne Partien, sowohl in der Erfindung wie Instrumentation. j. b.

## Letzte Depeschen.

Das Ultimatum? Wien, 30. April. Die Wiener „Mittagszeitung“ meldet, daß das Ultimatum Oesterreichs, das die Räumung Stutarts binnen 24 Stunden fordert, bereits heute in Cetinje überreicht worden ist.

Londoner Festredungen. London, 30. April. Der österreichische Botschafter hatte mit Sir Edward Grey eine zweistündige Unterredung. Der russische Botschafter hatte Grey am Nachmittag einen längeren Besuch ab, desgleichen der montenegrinische Delegierte Popowicz.

Des Reichskanzlers Beileid zum Tode Erich Schmidts. Berlin, 30. April. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat an Frau Geheimrat Schmidt folgendes Telegramm gerichtet: Schmerzlich bewegt durch die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres von mir persönlich so hochgeachteten Gemahls bitte ich, Ihnen, gnädige Frau, mein aufrichtigstes Beileid auszusprechen zu dürfen. Das deutsche Volk verliert in dem Verehrten nicht nur den geachteten Universitätsprofessor, zu dem die akademische Jugend mit Begeisterung aufschau, sondern auch den feinsinnigen Interpreten unserer klassischen Literatur, dessen Einfluß auf die gebildete Welt noch in Generationen unermindert weiterwirken wird.

Zurückbarer Zusammenstoß. Kapur (Indien), 30. April. In der Nähe von Kapur stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Dabei wurden 28 Indier getödtet, 52 verwundet.

Ein Mütterlein. Berlin, 30. April. Heute nachmittag erstickt nach einem Streit aus Eifersucht der Kochknecht Stewer seine von ihm getrennt lebende Ehefrau und verletzte sich hierauf selbst durch mehrere Messerstiche.

Aus der reichsständigen Kammer. Straßburg, 30. April. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurden der Etat und das Lehrerbildungsgegesetz erledigt. Letzteres gelangte nach den Beschlüssen der zweiten Kammer zur Annahme. Abg. Blumenthal wandte sich gegen die Abg. Graf, Andlaw und Dr. Höffel, die in ungewöhnlicher Weise die Vorträge des Abg. Wetterich in Frankreich verurteilt hatten. Der Abg. Blumenthal bemängelte die Verfassung und trat der Auffassung des Kaiserlichen Statthalters entgegen, daß der Kaiser der Bundesherz in Elsass-Lothringen sei. Die Verfassung könne überhaupt nicht dazu dienen, den monarchischen Gedanken bei dem elass-lothringischen Volk zu häufen, sie habe nur eine Zunahme der Sozialdemokratie bewirkt.

Demission des Braunschweiger Hoftheaterintendanten. Braunschweig, 30. April. Der Hoftheaterintendant von Braunschweig-Ludwigsdorf hat sein Amt niedergelegt und ist bereits aus dem Verbanne des Hoftheaters ausgeschieden.

### Bäder und Kurorte.

Wiesbaden. Das neue Jahr und die einkehende Hauptsaison lassen sich außerordentlich gut an. Die Fremdenziffer ist in der fünfjährigen Periode gegen die Vorjahre, sie beträgt bereits 46 000. Der Aufenthalt in den im ersten Frühjahrsmonat prägnanten Lösswäldchen ist von bestechendem Reiz und die Kurverweilung bietet auch reichlich Gelegenheit, sich gründlich auszuwaschen. Täglich fahren die vollbesetzten Mailcoaches in die Umgebung, auch die Autofahrten mit Luxuswagen durch die wundervolle Bergstraße nach dem Heideberger Schloß erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Neu aufgenommen werden nun auch nach dem Beispiel anderer Badeorte die Autoomnibusfahrten durch den Taunus und in den Rheingau, so daß die Ausnutzung der herrlichen Wiesbadener Umgebung als eines wertvollen Kurfaktors eine recht gründliche ist. Die Kurstadt selbst präsentiert sich gerade in diesen Tagen als echte Gartenstadt, die Villen und das Kurviertel stehen im prächtigsten Farbenreichtum Blüten- und Blümenblühen.

Sad Dab. Bielefeld kommen Anfragen nach hier um Auskunft über das Schicksal der angeblich im Winter v. J. ausgebliebenen Philippquelle. Von einer untern Bade ansehens nicht sehr verbreiteten Seite war die Mitteilung an die Tageszeitungen gebracht, daß der harte Sprudel der Philippquelle verstopft sei. Das war überhaupt nicht der Fall. Kleine Störungen des Ausflusses sind längst behoben. Die Quelle springt jetzt stärker wie zuvor.

Sad Heinerz hat in diesem Jahre wieder eine Anzahl Neuerungen gelehrt, welche von ihm schon jetzt zahlreich eintreffenden Kurgästen dankbar begrüßt werden. U. a. erklärt die Neue Quelle, welche seit 1808 durch Aufbohrung in einen mächtigen Kohlenflöz-Stollenverlauf vermindert worden ist, eine neue Fassung, die den ungewöhnlichen Kohlenflözdruck des Sprudels die Erhebung treiben läßt. Auch ein neuer, großer Ausschütttempel ist auf dem sogenannten „Friedrichsflöz“ errichtet worden, der einen Ausfluß über die unermesslichen Wäldungen gewährt, die das Bad von drei Seiten einschließen.

Redaktions-Setzung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Kronzeitungsberichte, Gericht, Handel, Eugen Brinckmann; für Feuilleton, Vermischtes usw.: Maxine Brinckmann; für Ausland und lokale Nachrichten: Dr. Carl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Henkel, Emillich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 10 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

